IMT Nuremberg Archives

H – 3545

International Court of Justice

H3545 - 0002

OFFICE OF CHIEF OF COUNSEL FOR WAR CRIMES

EVIDENCE DIVISION

Date: 2 August 1948

I certify that Document Number TC-21 was introduced into evidence as Exhibit Number GB-24 in the Trial by the International Tribunal of Hermann GOERING, et al., which commenced on 20 November 1945, and that the attached photostat is a true and correct copy of the original.

Fred Niebergall

FRED NIEBERGALL
Chief, Document Control Branch

DCB-36 (10247)

H3545 - 0003

C E R T I F I C A T E

I hereby certify that the annexed document TC-21 No. GB-24 is a photostat of an original document submitted in evidence by the British Prosecution under this number. The original document has been withdrawn in accordance with Rule 10 of the International Military Tribunal, and to the best of my knowledge and belief is to be held at the National Archives, Washington D.C.

Paul Joosten

PAUL A. JOOSTEN

General Secretary
International Military Tribunal

Nuremberg, 28 July 1948

H3545 – 0004

DEPARTMENT OF STATE
WASHINGTON

TO ALL TO WHOM THESE PRESENTS SHALL COME, GREETING:

I certify that the documents hereunto annexed are (1) a true photostatic copy of the official German and Polish texts of the German-Polish declaration of January 26, 1934, as printed in the German Reichsgesetzblatt, part II, March 24, 1934 (no. 15), pages 117-119, a copy of which was transmitted to the Department of State with despatch no. 652 of March 26, 1934 from the American Embassy at Berlin, and (2) a true copy of an English translation thereof prepared in the Department of State.

I further certify that, according to the official records of the Department of State, the declaration was ratified by both Germany and Poland February 15, 1934 and that the instruments of ratification were exchanged at Warsaw February 24, 1934 on which date the declaration entered into force for an initial period of ten years.

INTERNATIONAL MILITARY TRIBUNAL
NURNBERG, GERMANY
GB Exhibit 24
Filed 5 Dec 45

037-52

H3545 - 0005

I further certify that, according to the official
cords of the Department of State, the Government of
any formally accused the Government of Poland in a
ndum of April 28, 1939, to the Polish Government,
g arbitrarily and unilaterally rendered the
on null and void.

IN TESTIMONY WHEREOF, I have hereunto set my hand and caused the Seal of the Department of State to be affixed at the City of Washington, in the District of Columbia, this thirty-first day of August, 1945.

James F Byrnes

Secretary of State
of the United States of America.

037153

H3545 – 0006

Bekanntmachung über zwei deutsch-französische Notenwechsel zu der Vereinbarung über den Warenaustausch zwischen dem Saarbeckengebiet und dem deutschen Zollgebiet. Vom 13. März 1934.

Zwischen Vertretern des Deutschen Reichs und der Französischen Republik sind in Paris am 30. Juni 1930 und am 2. Juli 1932 zwei Notenwechsel zu der Vereinbarung zwischen Deutschland und Frankreich über den Warenaustausch zwischen dem Saarbeckengebiet und dem deutschen Zollgebiet vom 23. Februar 1928 (Reichsgesetzbl. II S. 57) unterzeichnet worden. Beide Notenwechsel werden auf Grund der Verordnung der Reichsregierung vom 10. November 1932 (Reichsgesetzbl. II S. 219) vorläufig angewendet. Sie sind veröffentlicht worden im Reichsgesetzblatt von 1930, Teil II, S. 983 und von 1932, Teil II, S. 219.

Die Notenwechsel sind ratifiziert worden. Der Austausch der Ratifikationsurkunden hat am 3. März 1934 in Paris stattgefunden.

Gemäß den Bestimmungen in beiden Notenwechseln sind die Deutsche und die Französische Regierung übereingekommen, diese wie folgt in Kraft zu setzen:

1. den Notenwechsel vom 30. Juni 1930 am 13. August 1930,
2. den Notenwechsel vom 2. Juli 1932 am 16. November 1932.

Berlin, den 13. März 1934.

Der Reichsminister des Auswärtigen
In Vertretung
von Bülow

Bekanntmachung zu der Zusatzvereinbarung zum Handels- und Schiffahrtsvertrag zwischen dem Deutschen Reich und der Südafrikanischen Union. Vom 15. März 1934.

Am 13. Oktober 1932 haben in Pretoria Vertreter des Deutschen Reichs und der Südafrikanischen Union eine Zusatzvereinbarung zum Handels- und Schiffahrtsvertrag vom 1. September 1928 (Reichsgesetzbl. 1929 II S. 15) unterzeichnet. Die Zusatzvereinbarung wird auf Grund der Verordnung vom 22. Oktober 1932 vorläufig angewendet und ist im Reichsgesetzblatt II S. 216 veröffentlicht worden.

Die Zusatzvereinbarung ist nunmehr ratifiziert worden. Der Austausch der Ratifikationsurkunden hat am 9. März 1934 in Pretoria stattgefunden. Die Zusatzvereinbarung ist an diesem Tage in Kraft getreten.

Berlin, den 15. März 1934.

Der Reichsminister des Auswärtigen
In Vertretung
von Bülow

Bekanntmachung über den Schutz von Erfindungen, Mustern und Warenzeichen auf einer Ausstellung. Vom 15. März 1934.

Der durch das Gesetz vom 18. März 1904 (Reichsgesetzbl. S. 141) vorgesehene Schutz von Erfindungen, Mustern und Warenzeichen tritt ein für die vom 29. Mai bis 3. Juni 1934 in Erfurt stattfindende 1. Reichsnährstands-Ausstellung (40. DLG-Ausstellung).

Berlin, den 15. März 1934.

Der Reichsminister der Justiz
In Vertretung
Dr. Schlegelberger

Bekanntmachung über den Schutz von Erfindungen, Mustern und Warenzeichen auf einer Ausstellung. Vom 16. März 1934.

Der durch das Gesetz vom 18. März 1904 (Reichsgesetzbl. S. 141) vorgesehene Schutz von Erfindungen, Mustern und Warenzeichen tritt ein für den vom 10. bis 13. Mai 1934 in Breslau stattfindenden 60. Landwirtschaftlichen Maschinenmarkt, die 10. Technische Messe, die Baumesse und die Ausstellung für Bürobedarf.

Berlin, den 16. März 1934.

Der Reichsminister der Justiz
In Vertretung
Dr. Schlegelberger

Bekanntmachung über die deutsch-polnische Erklärung vom 26. Januar 1934. Vom 16. März 1934.

Am 26. Januar 1934 ist in Berlin die nachstehend veröffentlichte deutsch-polnische Erklärung unterzeichnet worden.

Die Erklärung ist ratifiziert worden. Der Austausch der Ratifikationsurkunden hat am 24. Februar 1934 in Warschau stattgefunden. Die Erklärung ist am gleichen Tage in Kraft getreten.

Berlin, den 16. März 1934.

Der Reichsminister des Auswärtigen
Freiherr von Neurath

037154

they

037157

H3545 – 0007

TC21

Erklärung

Die Deutsche Regierung und die Polnische Regierung halten den Zeitpunkt für gekommen, um durch eine unmittelbare Verständigung von Staat zu Staat eine neue Phase in den politischen Beziehungen zwischen Deutschland und Polen einzuleiten. Sie haben sich deshalb entschlossen, durch die gegenwärtige Erklärung die Grundlage für die künftige Gestaltung dieser Beziehungen festzulegen.

Beide Regierungen gehen von der Tatsache aus, daß die Aufrechterhaltung und Sicherung eines dauernden Friedens zwischen ihren Ländern eine wesentliche Voraussetzung für den allgemeinen Frieden in Europa ist. Sie sind deshalb entschlossen, ihre gegenseitigen Beziehungen auf die im Pakt von Paris vom 27. August 1928 enthaltenen Grundsätze zu stützen, und wollen, insoweit das Verhältnis zwischen Deutschland und Polen in Betracht kommt, die Anwendung dieser Grundsätze genauer bestimmen.

Dabei stellt jede der beiden Regierungen fest, daß die von ihr bisher schon nach anderer Seite hin übernommenen internationalen Verpflichtungen die friedliche Entwicklung ihrer gegenseitigen Beziehungen nicht hindern, der jetzigen Erklärung nicht widersprechen und durch diese Erklärung nicht berührt werden. Sie stellen ferner fest, daß diese Erklärung sich nicht auf solche Fragen erstreckt, die nach internationalem Recht ausschließlich als innere Angelegenheiten eines der beiden Staaten anzusehen sind.

Beide Regierungen erklären ihre Absicht, sich in den ihre gegenseitigen Beziehungen betreffenden Fragen, welcher Art sie auch sein mögen, unmittelbar zu verständigen. Sollten etwa Streitfragen zwischen ihnen entstehen und sollte sich deren Bereinigung durch unmittelbare Verhandlungen nicht erreichen lassen, so werden sie in jedem besonderen Falle auf Grund gegenseitigen Einvernehmens eine Lösung durch andere friedliche Mittel suchen, unbeschadet der Möglichkeit, nötigenfalls diejenigen Verfahrensarten zur Anwendung zu bringen, die in den zwischen ihnen in Kraft befindlichen anderweitigen Abkommen für solchen Fall vorgesehen sind. Unter keinen Umständen werden sie jedoch zum Zweck der Austragung solcher Streitfragen zur Anwendung von Gewalt schreiten.

Die durch diese Grundsätze geschaffene Friedensgarantie wird den beiden Regierungen die große Aufgabe erleichtern, für Probleme politischer, wirtschaftlicher und kultureller Art Lösungen zu finden, die auf einem gerechten und billigen Ausgleich der beiderseitigen Interessen beruhen.

Beide Regierungen sind der Überzeugung, daß sich auf diese Weise die Beziehungen zwischen ihren Ländern fruchtbar entwickeln und zur Begründung eines gutnachbarlichen Verhältnisses führen werden, das nicht nur ihren beiden Ländern, sondern auch den übrigen Völkern Europas zum Segen gereicht.

Die gegenwärtige Erklärung soll ratifiziert und die Ratifikationsurkunden sollen so bald als möglich in Warschau ausgetauscht werden. Die Erklärung gilt für einen Zeitraum von 10 Jahren, gerechnet vom Tage des Austausches der Ratifikationsurkunden an. Falls sie nicht von einer der beiden Regierungen 6 Monate vor Ablauf dieses Zeitraums gekündigt wird, bleibt sie auch weiterhin in Kraft, kann jedoch alsdann von jeder Regierung jederzeit mit einer Frist von 6 Monaten gekündigt werden.

Ausgefertigt in doppelter Urschrift in deutscher und polnischer Sprache.

Berlin, den 26. Januar 1934.

Für die Deutsche Regierung:
C. Freiherr von Neurath

Für die Polnische Regierung:
Józef Lipski

037153

they

037157

Deklaracja

Rząd Niemiecki i Rząd Polski uważają, że nastąpił moment, aby rozpocząć nowy okres w stosunkach politycznych niemiecko-polskich przez bezpośrednie porozumiewanie się jednego państwa z drugiem. Wobec tego zdecydowały się one przez niniejszą Deklarację położyć podstawę dla przyszłego kształtowania się tych stosunków.

Oba Rządy wychodzą przytem z założenia, że utrzymanie i utrwalenie stałego pokoju pomiędzy ich krajami stanowi istotny warunek dla powszechnego pokoju w Europie. Wobec tego są one zdecydowane opierać swoje wzajemne stosunki na zasadach zawartych w Pakcie Paryskim z dnia 27 sierpnia 1928 r. i pragną określić bliżej zastosowanie tych zasad, o ile chodzi o stosunki niemiecko-polskie.

Przytem każdy z obu Rządów stwierdza, że przyjęte przezeń dotychczas w stosunku do innych zobowiązania międzynarodowe nie stoją na przeszkodzie pokojowemu rozwojowi ich wzajemnych stosunków, nie są w sprzeczności z niniejszą Deklaracją i przez tę Deklarację nie są naruszone. Pozatem oba Rządy stwierdzają, że niniejsza Deklaracja nie dotyczy takich zagadnień, które, zgodnie z prawem międzynarodowem, należy uważać za należące wyłącznie do spraw wewnętrznych jednego z obu państw.

Oba Rządy oświadczają, że jest ich zamiarem porozumiewać się bezpośrednio we wszelkiego rodzaju zagadnieniach, dotyczących ich wzajemnych stosunków. W razie gdyby wynikły pomiędzy nimi kwestje sporne, którychby się nie dało załatwić w drodze bezpośrednich rokowań, oba Rządy będą szukały tych rozwiązań w każdym poszczególnym wypadku we wzajemnem porozumieniu przy pomocy innych sposobów pokojowych, przyczem, w razie potrzeby, nie uchybia to możności zastosowania tych rodzajów postępowania, które są przewidziane dla takiego wypadku w innych obowiązujących je wzajemnie porozumieniach. W żadnym jednak wypadku nie będą się one uciekały do stosowania przemocy w celu załatwienia tego rodzaju spraw spornych.

Stworzona na powyższych zasadach gwarancja pokoju ułatwi obu Rządom doniosłe zadanie znajdywania dla zagadnień politycznych, gospodarczych i kulturalnych rozwiązań opartych na sprawiedliwem i słusznem wyrównaniu obustronnych interesów.

Oba Rządy są przeświadczone, że stosunki pomiędzy ich krajami będą się w ten sposób owocnie rozwijały i doprowadzą do ugruntowania dobrego sąsiedzkiego pożycia, co nietylko dla ich obu krajów, ale i dla pozostałych narodów Europy będzie miało zbawienne następstwa.

Niniejsza Deklaracja będzie ratyfikowana i dokumenty ratyfikacyjne zostaną możliwie szybko wymienione w Warszawie. Deklaracja pozostanie w mocy w ciągu okresu dziesięciu lat, licząc od dnia wymiany dokumentów ratyfikacyjnych. W razie, jeżeli żaden z Rządów nie wymówi jej na sześć miesięcy przed upływem tego okresu czasu, zachowa ona w dalszym ciągu moc; potem jednak każdy Rząd będzie mógł ją wymówić w każdym czasie z terminem sześciomiesięcznym.

Sporządzono w dwóch egzemplarzach w języku niemieckim i polskim.

Berlin, dnia 26 stycznia 1934 r.

Za Rząd Niemiecki:
C. Freiherr von Neurath

Za Rząd Polski:
Józef Lipski

037156

H3545 – 0008

they

037157

H3545 - 0009

DEPARTMENT OF STATE
CENTRAL TRANSLATING DIVISION

[TRANSLATION]

TC No.15514

Declaration

The German Government and the Polish Government consider that the time has come to introduce a new era in the political relations between Germany and Poland, by a direct understanding between the States. They have therefore decided to establish by the present declaration a basis for the future shaping of those relations.

The two Governments assume that the maintenance and assurance of a permanent peace between their countries is an essential condition for general peace in Europe. They have therefore decided to base their mutual relations on the principles contained in the Pact of Paris of August 27, 1928, and they wish to define the application of these principles more exactly, in so far as the relations between Germany and Poland are concerned.

At the same time, each of the two Governments declares that the international obligations already undertaken by it toward other parties do not impede the peaceful development of their mutual relations, do not contradict the present declaration, and are not affected by this declaration. They further declare that this declaration does not extend to such questions as under international law are to be considered exclusively as domestic affairs of one of the two States.

The two Governments declare their intention of reaching an agreement directly on questions affecting their mutual relations, of whatever kind they may be. Should any disputes arise between them and should it not be possible to reach an agreement thereon by direct negotiations, in each individual case they

037157

H3545 - 0010

they will seek a settlement through other peaceful means, on the basis of mutual agreement, without prejudice to the possibility of applying those methods of procedure, in case of necessity, which are provided for such a case in the other agreements between them that are in force. Under no circumstances, however, will they proceed to the use of force for the purpose of settling such disputes.

The guarantee of peace created by these principles will make easier for the two Governments the great task of finding for problems of a political, economic and cultural nature solutions based on a just and fair reconciliation of the interests of both parties.

The two Governments are convinced that in this way the relations between their countries will develop fruitfully and will lead to the establishment of good neighborly relations, which will provide blessings not only for their two countries, but also for the other nations of Europe.

The present declaration is to be ratified and the instruments of ratification exchanged at Warsaw as soon as possible. The declaration shall remain in effect for a period of 10 years, counting from the day of the exchange of instruments of ratification. In case it is not denounced by one of the two Governments 6 months before the expiration of that period of time, it shall continue in effect, but can then be denounced by either Government, at any time, 6 months in advance.

Prepared in two originals in the German and the Polish languages.

Berlin, January 26, 1934.

For the German Government: C. Freiherr von Neurath

For the Polish Government: Jozef Lipski

037158

H3545-0010A

TC-21

H3545 - 0011

GB24

H-3545

TC 21

G. B. EXHIBIT

037151

GB24

Filed Dec. 5, 1945
1 of 3 refiling
Reg.

TC 21

G. B. EXHIBIT 24

H3545-0012

7 pages